Starke Allianz gegen europaweite Politik des Kaputtsparens

Drei der größten europäischen Gewerkschaften, UNISON (Vereinigtes Königreich), ver.di (Deutschland) sowie CGIL (Italien), die mehr als fünf Millionen Mitglieder im öffentlichen Dienst repräsentieren, und die GdG-KMSfB (Österreich) bildeten bei einem Treffen in London eine neue, starke Allianz gegen die zerstörerische Sparpolitik in der EU.

Fotos: GdG-KMSfB-Archiv

V. l. n. r.: Dave Prentis, Generalsekretär UNISON, Rosanna Dettori, Generalsekretärin CGIL, Frank Bsirske, Vorsitzender ver.di, Christian Meidlinger, Vorsitzender GdG-KMSfB.

Die Gewerkschaften stellten einhellig fest, dass die seitens der nationalen Regierungen und der internationalen Finanzinstitutionen verordneten Sparpakete nicht nur die vorherrschende Schuldenkrise verschlimmern und öffentliche Dienste empfindlich angreifen, sondern vor allem die europäischen BürgerInnen hart treffen. Die Arbeitslosenrate erreichte offiziellen Zahlen zufolge in der EU bereits einen neuen Rekordwert. Diese Politik führt in den Abgrund und darf durch den Fiskalpakt nicht fortgesetzt und festgeschrieben werden. Die Allianz will nationale Grenzen überwinden und auch NGOs, welche die Vision der Gewerkschaften teilen, zu einer breiten europaweiten Initiative für Alternativen zur aktuellen Sparpolitik vereinen.

Sparpakete ohne heilende Wirkung

Christian Meidlinger, Vorsitzender der GdG-KMSfB: „Das europaweite Experiment des Kaputtsparens ist gescheitert. Die Sparpakete haben keine heilende Wirkung entfaltet. Im Gegenteil, die BürgerInnen zahlen für eine Krise, die sie nicht verursacht haben. Familien verlieren ihre Jobs, ihr Heim und kämpfen tagtäglich, um ihre Rechnungen zu bezahlen ⊠ und das alles für nichts, denn die Krise ist nicht bewältigt."

Extremisten gewinnen an Einfluss

Durch die unsozialen Sparpakete wird auch die Demokratie besorgniserregend ausgehöhlt, extremistische und populistische Parteien gewinnen massiv an Einfluss. „Quer durch Europa werden nun auch PolitikerInnen getroffen, und zwar dort, wo es am meisten schmerzt: An der Wahlurne! Bereits sieben Staats- und Regierungschefs wurden im Zuge der Krise abgewählt. Vielfach erstarken Parteien am extremen Rand des politischen Spektrums und bringen damit das demokratische Gefüge ins Wanken. Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen. Wir brauchen einen Wachstums- und Sozialpakt, damit die Krise überwunden werden kann und junge Menschen endlich wieder optimistisch in die Zukunft blicken können", erklärte Thomas Kattnig, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, im Rahmen des Treffens.

Die Allianz fordert politische Alternativen für Wachstum sowohl auf nationaler wie auch europäischer Ebene ein und kündigt gemeinsame gewerkschaftliche Protestmaßnahmen an.

AMNESTY INTERNATIONAL

Sabine Vogler

Sprecherin der AI-Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen

Iran: Repression gegen unabhängige Gewerkschaft

Reza Shahabi, Kassier der Gewerkschaft des Teheraner Busunternehmens „Sherkat-e Vahed", wurde im Juni 2010 verhaftet und zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Sein Gesundheitszustand ist äußerst bedenklich. Auf seine im Februar 2012 geäußerte Klage über eine einseitige Lähmung reagierten die Behörden erst Ende April 2012 und überstellten ihn in ein Spital. Es ist nicht bekannt, ob er adäquat medizinisch versorgt wird.

Die Gewerkschaft des Teheraner Busunternehmens wurde nach der islamischen Revolution 1979 verboten und konstituierte sich 2004 als erste unabhängige Gewerkschaft des Irans neu. Seither sind ihre Mitglieder, insbesondere die führenden, im Visier der Behörden; einige wurden verhaftet.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Mansour Ossanlu, wurde mehrmals festgenommen, zuletzt im Juli 2007. Er wurde zu in Summe sechs Jahren Haft verurteilt. Im Mai 2011 kam er vorzeitig frei.

Der Vize-Vorsitzende der Gewerkschaft, Ebrahim Madadi, wurde am 18. April 2012 nach Verbüßen einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren freigelassen.

Amnesty International fordert von den iranischen Behörden die unverzügliche Freilassung von Reza Shahabi und adäquate medizinische Versorgung.

Die Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen hat unter **http://gewerkschafterInnen.amnesty.at** eine Appellaktion für Reza Shahabi gestartet.